

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 469

Mittwoch, 29. September 2010

17. Jahrgang

Von Frauen, Arbeiterinnen, Müttern, Bäuerinnen und feministischen Lesben

Es wird immer wieder die Diskrepanz betont, die in Guatemala zwischen städtischem und ländlichen Leben besteht. Und es wird immer wieder bedauert oder auf die Schwierigkeit hingewiesen, dass es fast keinen Austausch zwischen Stadt und Land gibt. Studierende, die ein Praktikum absolvieren müssen, oder ArztInnen, die eine Job suchen, weigern sich, dies „en el campo“ zu tun. Die Landbevölkerung ihrerseits kommt in die Stadt, um juristische Angelegenheiten zu erledigen, oder dann als BinnenmigrantInnen, weil sie ihr Zuhause und ihre Existenz verloren haben. Regierungspolitik wird in der Hauptstadt gemacht, und auch Nichtregierungsorganisationen haben immer mal wieder Mühe, ihre strategischen Fünfjahresprogramme mit den sehr konkreten und praktischen Forderungen ihrer „Basis“ auf dem Land in Einklang zu bringen.

Unterdessen gibt es zwar auch Mobiltelefonempfang in den abgelegensten Dörfern und fast jede Familie (vor allem auf dem Land) hat jemanden, der oder die in den Norden migriert ist; trotzdem scheint es, als befänden sich Stadt und Land in Guatemala auf zwei verschiedenen Planeten.

Man kann es aber auch Vielfalt nennen. Und genau diese Vielfalt möchten wir mit den beiden Texten über das lesbisch-feministische Treffen in der Hauptstadt und das Bäuerinnentreffen in San Marcos aufzeigen.

Widerstände verknüpfen

VIII. Lesbisch-Feministisches Treffen von Lateinamerika und Karibik

Ende Mai traf sich ¡Fijáte! in Guatemala mit Claudia Acevedo, Mitgründerin des *Colectiva de Lesbianas Liberadas* (Lesbiradas) und Mitglied des Organisationskomitees *Ekpa*, welches das VIII. Lesbisch-Feministische Treffen von Lateinamerika und Karibik (ELFLAC) vom 9. bis 13. Oktober 2010 in Guatemala ausrichten wird. Das folgende Interview erläutert die Hintergründe und Inhalte des interamerikanischen Forums und berichtet, was lesbische Frauen in Guatemala täglich leben und erleben.

Wann, warum und wie entstand das ELFLAC?

Am Anfang der lesbisch-feministischen Treffen kamen nur wenige Frauen zusammen, zwischen 25 und 50. Aber nach und nach interessierten sich immer mehr dafür. Das erste Treffen fand 1987 in Costa Rica statt und war eine Katastrophe, da es von Fundamentalisten blockiert wurde. Das waren die Umstände von damals ..., und 20 Jahre später bleibt die Frage offen, ob sich irgendwas geändert hat? Auch glaube ich nicht, dass irgendeine Guatemaltekin in den 80er Jahren nach Costa Rica geistert ist.

Ursprünglich waren wir ein Teil der feministischen Treffen, die vor 30 Jahren, 1981, angefangen hatten. Danach begannen wir, unsere eigenen Treffen durchzuführen, um so die Trennung zwischen lesbischen Feministinnen und Feministinnen zu verdeutlichen. Die Gründe dafür sind einerseits die unterschiedlichen Politiken der Bewegungen, z.B. die Sexualpolitiken; und andererseits gingen die lesbisch-feministischen Forderungen in den feministischen verloren. Ausserdem war es vor 30 Jahren, zumindest in Lateinamerika, ein riesiges Tabu, über Feminismus zu sprechen. Man ging davon aus, dass Feministinnen Lesben sind, und was sie „bräuchten“, seien Männer ... das ganze Stigma halt, das dem Feminismus angelastet wird. Diese politischen Gründe waren die Ursache für die Trennung der lesbisch-feministischen und feministischen Bewegungen.

Die ELFLAC finden alle drei oder vier Jahre statt, das letzte in Santiago, Chile, und es nahmen 250 lesbische Feministinnen teil. Es war wohl das grösste Treffen bisher. Zum einem lag das daran, dass Chile in diesen Fragen offener ist, und ausserdem war das Organisationsteam an sich schon sehr gross und sehr politisiert, was ebenso an dem chilenischen Kontext liegt.

Und wieso dieses Mal in Guatemala?

Die Entscheidung, das diesjährige Treffen in Guatemala abzuhalten, trafen wir während des letzten ELFLAC. Die Organisationsprozesse der Treffen sind inhaltlich miteinander verbunden und hängen von den aktuellen politischen Diskussionen ab. Vor drei Jahren war eine unserer grössten Befürchtungen – und ist es auch heute noch – die Frage des Feminizids und der sexuellen Gewalt gegen Frauen. Aus diesem inhaltlichen Schwerpunkt heraus wurde Guatemala vorgeschlagen. Die Geschichte des Landes und die aktuelle Problematik der Frauenmorde und sexuellen Gewalt prädestinieren Guatemala geradezu dafür.

Das Thema des VIII. ELFLAC ist also Gewalt gegen Frauen?

Die Themen sind Feminizid, sexuelle Gewalt und Rassismus. Der Leitmotiv des Treffens ist das Thema der Kolonialisierung, aber Mittelpunkt der Debatte sind der Körper und die Sexualität. Ziel ist es ebenfalls zu sehen, welche Widerstandsaktionen seit der Kolonisierung unternommen wurden. Wir wollen nicht bei der Überlegung “Was tut man uns an?” stehen bleiben. Tatsache ist, dass es schon immer politische Bewegungen gab, die Aktionen gegen das System lancierten. Fakt ist, dass wir uns mit der Remilitarisierung und dem Neoliberalismus in einer Phase der Neokolonisierung befinden und dahingehend wandern unsere Überlegungen: Was können wir dagegen tun?

Neben diesen thematischen Schwerpunkten versuchen wir das Treffen auch dafür zu nutzen, uns als politische Bewegung zu definieren. Es gibt diese Tendenz, über alles und jedes zu reden, nur nicht darüber wie man sich selber sieht. Zum Beispiel: ist die Transgenderbewegung Teil der lesbisch-feministischen Bewegung? Wie steht es mit der Queertheorie? Sind wir autonom, sind wir radikal? Es bleibt also viel zu diskutieren, und das Problem ist, dass wir uns nur alle drei Jahre treffen. Über die letzten Jahre sind so viele verschiedene Versionen der lesbisch-feministischen Bewegung entstanden, dass wir schon gar nicht mehr wissen, wer wir sind.

Auch andere Themen werden zur Sprache kommen, Themen, die an den Prozess der Neokolonisierung gebunden sind wie z.B. der radikale Abbau von Naturrohstoffen. Leider kommen wir vor lauter Diskussionen über unsere Selbstdefinition viel zu wenig dazu, über weltpolitische Themen zu sprechen. Es ist schon auffällig, wie in unseren Mail-Listen über die Inkorporation von Transgender in die lesbisch-feministische Bewegung heftig diskutiert wird, Kommentare über Bergbauprojekte aber verloren gehen. Es ist also eine Notwendigkeit, unsere Überlegungen und unser Denken dahingehend zu erweitern.

Wer ist Ekipa?

Ekipa sind verschiedene Organisationen wie Lesbiradas, Todos Somos, Nostras Las Otras und einige unabhängige lesbische Feministinnen, also insgesamt um die 20 Frauen. Die Aufgaben, die zur Organisation des Kongresses zu erledigen sind, haben wir auf fünf Kommissionen verteilt: Kommunikation, Finanzen, Logistik, Kunst und Kultur, Inhalt und Methodologie.

Die Organisation als Ekipa war ein interessanter Prozess, da sie viel zu der politischen Konstruktion der lesbisch-feministischen Bewegung in Guatemala beigetragen hat. In früheren Foren war es immer ein Problem, dass das Organisationskomitee nach dem Treffen auseinanderbrach. Entweder weil viele Dinge unklar blieben oder weil Machtstreitigkeiten vorkamen. Wenn ein Haufen verschiedenster Frauen zusammenkommt, steht man da wie an einer Party. Deshalb wollen wir von vornherein entscheiden, auf was für einer Party wir sein werden, wie die Party abläuft, und vor allem wollen wir ein Minimum an ethischen Übereinkommen zwischen uns definieren.

Wo in Guatemala wird das VIII. ELFLAC stattfinden?

Das ELFLAC wird in Guatemala Stadt durchgeführt. Der Ort bietet sich an, da wir das Treffen so autonom wie möglich organisieren wollen. Wir haben ein Budget von rund 100.000 US\$, aber 80% davon sind für finanzielle Unterstützungen reserviert, damit Teilnehmerinnen aus ganz Amerika und der Karibik kommen können. Vom letzten Treffen bleibt uns ein Rest von 15.000 US\$, ansonsten suchen wir noch nach einer Finanzierung.

Die Idee ist, so wenig wie möglich auszugeben, ein Forum zu organisieren, das die kapitalistische Geldakkumulation nicht weiter unterstützt. Das heisst, wir werden nicht in Luxushotels der Zone 10 oder in Antigua schlafen, sondern vielmehr uns unter uns organisieren: Zelte aufstellen, Teilnehmerinnen in unseren eigenen Häusern unterbringen etc. Der Austragungsort wird wohl das Paraninfo der Universität sein, was sehr zentral in der Zone 1 liegt.

Unser Ziel ist es, Nähe zu schaffen, mehr Zeit miteinander zu verbringen, sich auszutauschen, Solidaritätsprozesse zu fördern. Z.B. sehen, ob jemand die Mittel hat, die Reise einer anderen zu unterstützen, diese Art der Zusammenarbeit. Aber nicht nur auf finanzieller Ebene, auch auf ideologischer und politischer Ebene wollen wir diese Nähe schaffen. Das soll dazu führen, dass Diskussionen und Überlegungen nicht nur in den örtlichen Bewegungen, sondern auch in anderen Ländern angeregt werden.

Insgesamt rechnen wir mit etwa 300 Personen. Beim letzten Treffen waren es 250, und wir gehen davon aus, dass wie jedes Mal mehr dazu kommen, sowohl “alte heilige Kühe” wie auch junge Frauen.

Welche Schwierigkeiten trifft ihr bei der Organisation an?

Die grösste Hürde ist die Finanzierung, obwohl wir sehr viel Unterstützung von Europa, Nordamerika und Lateinamerika bekommen. Es gibt Frauenorganisationen in Lateinamerika, welche die finanzielle Unterstützung des ELFLAC als Teil ihre Budgets führen, z.B. übernehmen einzelne Organisationen das Essen für die 300

Teilnehmerinnen an je einem Tag. Diese Art der Unterstützung schafft Solidarität. In den USA veranstalten einige Freundinnen eine Soli-Party, um uns zu unterstützen. Und auch wenn es nur 300 US\$ sind, sind es immerhin 300 \$. Das reicht aus, um die Teilnahme von zwei Personen zu zahlen.

Eine andere Schwierigkeit ist, dass die Organisation an sehr wenigen Frauen hängt. Wir suchen z.B. Leute zum Übersetzen der ganzen Information, die wir bis jetzt erarbeitet haben, ins Französische, Englische und Portugiesische. Aber auch in die guatemaltekischen Mayasprachen und in die Sprachen der indigenen Völker von Peru und Bolivien. Dies ist ein wichtiger Teil des ELFLAC, der sich ja ebenfalls gegen Rassismus ausspricht.

Habt ihr Angst um eure Sicherheit? Wie sieht die aktuelle Situation für lesbische Frauen in Guatemala aus?

Wir machen mit Unterstützung der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA) eine Sicherheitsanalyse, da das Forum ja in einem öffentlichen Raum und innerhalb des guatemaltekischen Systems stattfinden wird. Ich denke schon, dass es Repressionen geben wird. Wir sind dabei, mit dem Menschenrechtsprokurator (PDH) zu reden und eventuell internationale BeobachterInnen anzusprechen.

Im allgemeinen glaube ich, dass das Thema offener behandelt wird oder zumindest mehr in der Öffentlichkeit präsent ist. Dies liegt zum Teil am internationalen Kontext, der diese Diskussion voranschreibt. Z.B. in Mexiko, wo homosexuelle zivile Lebensgemeinschaften per Gesetz erlaubt wurden, oder Costa Rica, wo die Präsidentin Laura Chinchilla über das Thema redet. Auch die Jugend geht offener mit dem Thema um. Aber ich bin mir nicht sicher, ob sich das kollektive Bewusstsein wirklich geändert hat oder ob es sich vielmehr um eine geschminkte Akzeptanz der Nicht-Heterosexualität handelt. Denn in der Realität, im Leben der Lesben, sieht alles schon komplizierter aus. Sie werden weiterhin aus der Wohnung geschmissen oder von ihrem Job gefeuert, wenn klar wird, dass diese Frauen lesbisch sind. Natürlich kommen da die Verantwortlichen aus den älteren Generationen und natürlich gibt es Unterschiede zu den jüngeren Generationen. Aber "schwul" sein ist noch immer eine Beschimpfung. Obwohl wir vielleicht offener sind, sind wir immer noch eine fundamentalistische Gesellschaft.

Trotz der grösseren öffentlichen Akzeptanz bleibt die Gewalt gegen lesbische Frauen erhalten. Von den Fällen, die zu uns kommen, können wir sehen, dass Vergewaltigungen und sexuelle Repression von lesbischen Mädchen und Frauen immer noch aktuell sind, denn "sie brauchen einen richtigen Mann, der sie heilt". Die sozial konstruierten Vorstellungen bleiben erhalten. Was man draussen in den Strassen sieht, kommt mir mehr wie eine Maskerade vor. Auch gibt es diese ganze schwule Mode, was mich noch mehr beunruhigt. Denn das führt dazu, jenes zu überdecken, was wirklich passiert. Dasselbe ist mit den Gesetzen über homosexuelle Heirat, die eigentlich nur dazu führen, die Idee der obligatorischen Verbindung zwischen zwei Personen, in diesem Fall gleichen Geschlechts, in den Köpfen zu verfestigen. Aber dennoch existieren keine legalen, politischen oder formellen Mechanismen, die die Diskriminierung, den Lesbizid oder die Hassverbrechen bekämpfen.

Es ist ein riesiges Tabu, in Guatemala über Sexualität zu sprechen und mehr noch über lesbische Sexualität. Wir haben über Frauenorganisationen versucht, uns mit lesbischen Frauen im ganzen Land in Verbindung zu setzen. Aber das Thema Sexualität wird so hermetisch abgeriegelt, dass es unmöglich ist. Man kann ja nicht mit einem Schild "Wer ist lesbisch?" durch die Dörfer marschieren. Trotz Veränderungen in den letzten 15 Jahren bleibt es schwierig, das Thema zur Sprache zu bringen. Auch macht es einen Unterschied, ob man mit jungen Frauen in Discos in der Hauptstadt spricht oder mit Frauen aus den Gemeinden auf dem Land. Diese haben keinen Zugang zum Internet, zu Informationen oder zu sozialen Bewegungen. In der Hauptstadt schon. Als Ekpa haben wir zum Beispiel eine Seite in Facebook eingerichtet, und es sind über 500 Personen eingeschrieben. Da fragt man sich, wo die denn alle herkommen? Und die meisten davon sind junge Frauen.

Ein letztes Wort?

Um zu einem Ende zu kommen, möchte ich mich für das Interview bedanken und darauf hinweisen, dass wir eine Webseite besitzen, die für aktuelle Informationen zum ELFLAC 2010 besucht werden kann und die ich allen herzlich empfehle: <http://elflacguate.blogspot.com/> .

I. Kongress der Bäuerinnen in San Marcos

Ursprünglich war er auf den 4. September angesetzt, doch zwei Tage vorher wurde der I. Kongress der Maya- und mestizischen Bäuerinnen von San Marcos kurzfristig wegen des Tropentiefs „Agata“ und wegen verschütteter Strassen abgesagt. So fand er eine Woche später unter Teilnahme von Bäuerinnen aus 18 Gemeinden des Departements San Marcos und Vertreterinnen befreundeter Organisationen aus anderen Regionen sowie der Hauptstadt statt.

Der Kongress war jenen Frauen gewidmet, die in jüngster Zeit wegen ihres Engagements in den sozialen Kämpfen der Region verhaftet oder umgebracht worden waren: Crisanta Pérez, verhaftet wegen ihres unerbittlichen Widerstands gegen die Goldmine Marlin, und Evelina Ramírez, ermordet wegen ihres

Engagements in der der Nationalen Widerstandsfront. Er war aber auch all jenen Frauen gewidmet, die in Guatemala Opfer des Feminizid geworden sind.

Vielfältige Blickwinkel wurden eingenommen, um die Themenschwerpunkte „Wirtschaft und Entwicklung“, „Politische Situation, Öffentliche Dienste“ und „Frauenrechte“ in drei Arbeitsgruppen zu diskutieren:

„Wir haben unsere Gefühle gegenüber der sozialen und menschlichen Krise, von der wir betroffen sind, von oben, von unten, von innen, von aussen, von hinten und von vorne analysiert: als Frauen, Freundinnen, Ehefrauen, Arbeiterinnen, Mutter, Grossmutter, Tochter, Enkelin.“

Das Schlusscommuniqué des Kongresses hält fest:

Im wirtschaftlichen Bereich und in Sachen Entwicklung sehen wir das Hauptproblem in der Arbeitslosigkeit, in der Entlohnung, die auf den Fincas nicht einmal dem Minimallohn entspricht bzw. in einer fehlenden Sozialversicherung für Arbeitende. Es reicht uns nicht, mit unserem Einkommen den Grundwarenkorb abzudecken, derweil es keine staatliche Politik gibt, die uns Ernährungssicherheit garantiert. Um dem abzuhelpen fordern wir, dass das INTECAP (staatliches Institut, das technische Weiterbildung für BäuerInnen und ArbeiterInnen anbietet) seine Angebote spezifischer auf Frauen und auf lokale Kontexte ausrichtet. Weiter müssen wir unsere politische Einflussnahme in den Gemeindegemeinschaften stärken und von den Kommunalbanken Kreditprogramm für Frauen fordern.

Was den öffentlichen Dienst angeht, müssen wir als erstes konstatieren, dass er unter der aktuellen Regierung etwas besser geworden ist. Doch die strukturellen Probleme bestehen weiterhin: nach wie vor sind das Gesundheits-, das Bildungs- und das Sozialversicherungssystem defizitär. Dazu kommen neu alle die sozialen Probleme, die durch den rücksichtslosen Abbau der Naturressourcen entstanden sind: Wassermangel bzw. -verschmutzung, Entwaldung etc. Als wichtiger Erfolg in diesem Bereich werten wir die Anerkennung der traditionellen Hebammen durch das staatliche Gesundheitssystem. Wir fordern eine organisierte Kontrolle der staatlichen Investitionen in diesem Bereich durch die sozialen Organisationen und die Familienkomitees in den Dörfern.

Nach wie vor sind Frauen der Marginalisierung und Diskriminierung doppelt ausgesetzt. In Guatemala, wo die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land lebt, wo es an einer ländlichen Entwicklungspolitik fehlt, wo es keinen wirksamen Katastrophenschutz- und keine Präventionsprogramme gibt, wo die Regierung von Korruption durchdrungen und die Privatwirtschaft die staatliche Ökonomie unterhöhlt, stehen der Schutz und die Rechte der Frauen immer noch zuletzt auf allen Agenden.“

Der Forderungskatalog aller drei Arbeitsgruppen deckt sich mehr oder weniger: Mehr Organisation, mehr Information, mehr politische Partizipation, mehr Anerkennung und – mehr politische Verantwortung seitens des Staates.

„Wir fordern vom Staat, dass auch er eine Frauenperspektive einnimmt und uns als menschliche Wesen und als Bürgerinnen einschliesst, uns, die wir die Mehrheit der Bevölkerung stellen und eine wichtige soziale und wirtschaftliche Kraft bilden.“

Mörder von Vater und Tochter Musa verhaftet

Guatemala, 23. Sept. Elf Männer wurden von der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* CICIG der materieller Täterschaft bei den Morden am Textilunternehmer Khalil Musa und seiner Tochter Marijorie beschuldigt und von der Staatsanwaltschaft verhaftet. Die Anklage lautet auf Mord, Zugehörigkeit zu illegalen Gruppen und Konspiration. Vater und Tochter Musa wurden im April 2009 ermordet (siehe ¡Fijáte! 435), und je länger je stärker zeichnen sich bei der Täterschaft Verbindung zum Fall von Rodrigo Rosenberg ab, der sich im Mai 2009 erselbstmorden liess (siehe ¡Fijáte! 452). Sechs der im Fall Musa Angeklagten sitzen bereits im Zusammenhang mit der Ermordung von Rosenberg in Haft, fünf weitere wurden am vergangenen 22. September verhaftet. Einer der jüngst Verhafteten ist Mario Luis Paz Mejía. Er befand sich in Freiheit, da er als Verdächtiger im Fall Rosenberg mit den Behörden kollaboriert hatte: Er lieferte damals der Staatsanwaltschaft die Information, dass es die Brüder Estuardo und Francisco Valdés Paiz waren, die die Mörderbande kontraktierten, welche Rosenberg (auf seine eigenen Anweisungen hin) umbrachte.

Auch im Fall Musa gibt es einen mit der Staatsanwaltschaft kollaborierenden Zeugen: Lucas Josué Santiago López. Auch er wurde bereits im Fall Rosenberg verurteilt und hat gestanden, den Unternehmer Khalil Musa und seine Tochter umgebracht zu haben.

Wirklich vertrauenswürdig scheint dieser Kronzeuge aber nicht zu sein, denn bereits zur Ermordung von Anwalt Rosenberg gab Santiago López verschiedene Versionen zu Protokoll: Bei der ersten Einvernahme unmittelbar nach seiner Verhaftung im September 2009 verweigerte er jegliche Aussage. Im Dezember desselben Jahres gab er dann zu, dreimal auf Rosenberg geschossen zu haben, einmal davon in den Kopf. Dafür habe er 5000 Quetzales bekommen, 2000 mehr als die übrigen Mitglieder der Bande. Am 12. Juli 2010, bei der Gerichtsverhandlung des Falls Rosenberg, die ihm 38 Jahre Gefängnis eintrug, änderte er seine Version des Tathergangs: Er sei bloss beauftragt gewesen, ein Motorrad zu fahren und ein Paket abzuholen. Dafür habe er gesehen, dass Mario Luis Paz Mejía aus nächster Nähe auf Rosenberg geschossen habe. Er habe bei den vorherigen Einvernahmen die Tat gestanden, weil Paz Mejía ihm 150'000 Quetzales gegeben und ihn mit dem Tod bedroht habe.

Diese Aussage führte nun zur erneuten Verhaftung von Mario Luis Paz Mejía. Dieser gibt zwar eine Mittäterschaft im Fall Rosenberg zu, bestreitet aber jegliche Täterschaft im Fall Musa: „Sie benützen uns als Sündenböcke“, so seine Reaktion auf seine erneute Verhaftung.

Den Untersuchungsbehörden nahestehende Quellen bezeugen, dass der *modus operandi* bei den Morden an den Musas und an Rosenberg derselbe war. Es waren die selben materiellen Täter (ein Grossteil von ihnen ehemalige Polizisten), jedoch im Auftrag verschiedener Hintermänner. Laut der CICIG war es im Fall Rosenberg Jesús Manuel Cardona Medina, alias Memín, der als Zwischenhändler fungierte und die Täter rekrutierte. Er wiederum erhielt seine Anweisungen von Wilfredo Santos, alias El Vaquero, Sicherheitschef der Laboratorien Lanquetin, der seinerseits die Befehle der Brüder Francisco und Estuardo Valdés Paiz ausführte. Im Fall der Musas war es der Ex-Polizist William Santos Diva, der mit den intellektuellen Tätern in Kontakt stand. Erwiesen ist auch, dass Santos Diva nur den Auftrag erhielt, Vater Musa umzubringen, doch während des Verbrechens wurde Marijorie zum „Kollateralschaden“. Offenbar gab es danach Streit mit den Auftraggebern, da diese nicht mehr den abgemachten Betrag bezahlen wollten. Ballistische Untersuchungen haben ergeben, dass die Tatwaffe im Fall der Musas nicht dieselbe ist, mit der Rosenberg umgebracht wurde.

Die interimistische Staatsanwältin Maria Encarnación Mejía gab bisher weder Auskunft über Personen, die die Ermordung der Musas in Auftrag gegeben haben noch über ein mögliches Tatmotiv. Ihr Verdacht beruht auf technischen Beweisen in Form von Videoaufnahmen des Tatort und dessen Umgebung und auf ZeugInnenaussagen. Offenbar wurde der Moment der Ermordung von Kameras der hauptstädtischen Verkehrskontrolle (Emetra) gefilmt. „Dies genügt, um die Täter zu verurteilen. Doch wir fahren mit unseren Untersuchungen fort, bis wir die intellektuellen Täter haben“, so die Staatsanwältin. Des weiteren würden die Untersuchungen und der Prozess gegen die Angeklagten unter grösster Geheimhaltung geführt.

Von verschiedenen KommentatorInnen wird kritisiert, dass Verdächtige und Verurteilte in den Status von Kronzeugen gehievt werden und somit Privilegien wie Zeugenschutz oder Strafreduktion erhalten. Es gibt in den LeserInnenbriefspalten der Tageszeitung auch Kommentare, die einen Pakt zwischen Staatsanwaltschaft und Täterschaft vermuten: Die Verhafteten im Fall Rosenberg seien gekauft worden, damit sie auch die Verantwortung im Fall Musa übernehmen.

Eilaktion von PBI: Bedrohung und Ermordung von AktivistInnen in der Laguna del Tigre

Guatemala-Stadt (PBI, CEG) 12. Sept. In den ¡Fijáte!-Ausgaben 465 und 466 hatten wir bereits darüber berichtet: Am 23. Juli 2010 verlängerte Präsident Alvaro Colom den Vertrag des französischen Ölkonzerns PERENCO zur Ausbeutung von Ölvorkommen in der *Laguna del Tigre* um 15 Jahre.

Mit der Verlängerung des Vertrages verknüpfte Colom einerseits zwei Naturschutzprojekte mit den wohlklingenden Namen *Mi Bosque produce* und *Mi Bosque progresa*, andererseits aber die Einrichtung einer Militärbasis in der *Laguna de Tigre*. Im August wurde präzisiert, dass Anfang September sechs Militärbasen eröffnet werden sollten, deren Aufgabe der Schutz der Natur und der Kampf gegen den Drogenhandel sei.

In Wirklichkeit dürfte diese Entscheidung unmittelbar mit der Durchsetzung der Zwangsvvertreibung von 37 Gemeinden in der *Laguna del Tigre* stehen – jenen Gemeinden, deren Ansiedlung von der von PERENCO aufgekauften Firma BASIC in den 1990er Jahren gefördert wurde. Die BewohnerInnen berichten, dass ihre VertreterInnen und AnführerInnen, zunehmend bedroht werden und forderten von den Autoritäten konkrete Informationen darüber, wie denn die sozio-ökonomischen Projekte, die Colom als wichtigstes Argument für Vertragsverlängerung mit PERENCO angesehen haben wollte, in dem Gebiet aussehen sollen.

VertreterInnen der BewohnerInnen sind am 10. September in die Hauptstadt gereist und haben an einer Anhörung im Kongress teilgenommen und ihre Sorgen und Forderungen vorgebracht. Einige Minister haben daraufhin erklärt, sie seien mit der Entscheidung des Regierungschefs, den Vertrag mit PERENCO zu

verlängern, nicht einverstanden gewesen. Die Innen- und Verteidigungsminister boten als Kompromissvorschlag an, auf Zwangsvertreibungen zu verzichten, und versicherten, dass die verfügbaren Räumungsanordnungen sich nur auf RinderzüchterInnen und Personen, die im Drogenhandel tätig seien, bezögen.

Die BewohnerInnen stellten diese Ausführungen jedoch nicht zufrieden. Sie fürchteten angesichts der Fakten von bereits durchgeführten gewaltsamen Vertreibungen von Gemeinden, dass auch ihnen gleiches drohen kann. Zugleich weisen sie darauf hin, dass verschiedentliche staatliche Institutionen sie früher wiederholt und wider besseren Wissens als Täter im Drogengeschäft denunziert hatten.

Zudem bestreiten soziale Organisationen in der Region im Norden des Landes, dass die Ölausbeutung tatsächlich der Wirtschaft des Landes helfen werde, sondern nur für PERENCO von wirtschaftlichem Nutzen sei (siehe ¡Fijáte! 465).

Die Verlängerung des Vertrages mit PERENCO und die damit verbundenen Vertreibungen und die Militarisierung der Region werde – so fürchtet Peace Brigades International (PBI) – den Konflikt in der *Laguna del Tigre* verschärfen. Die Gewalt werde zunehmen und somit auch die Verletzung der Menschenrechte.

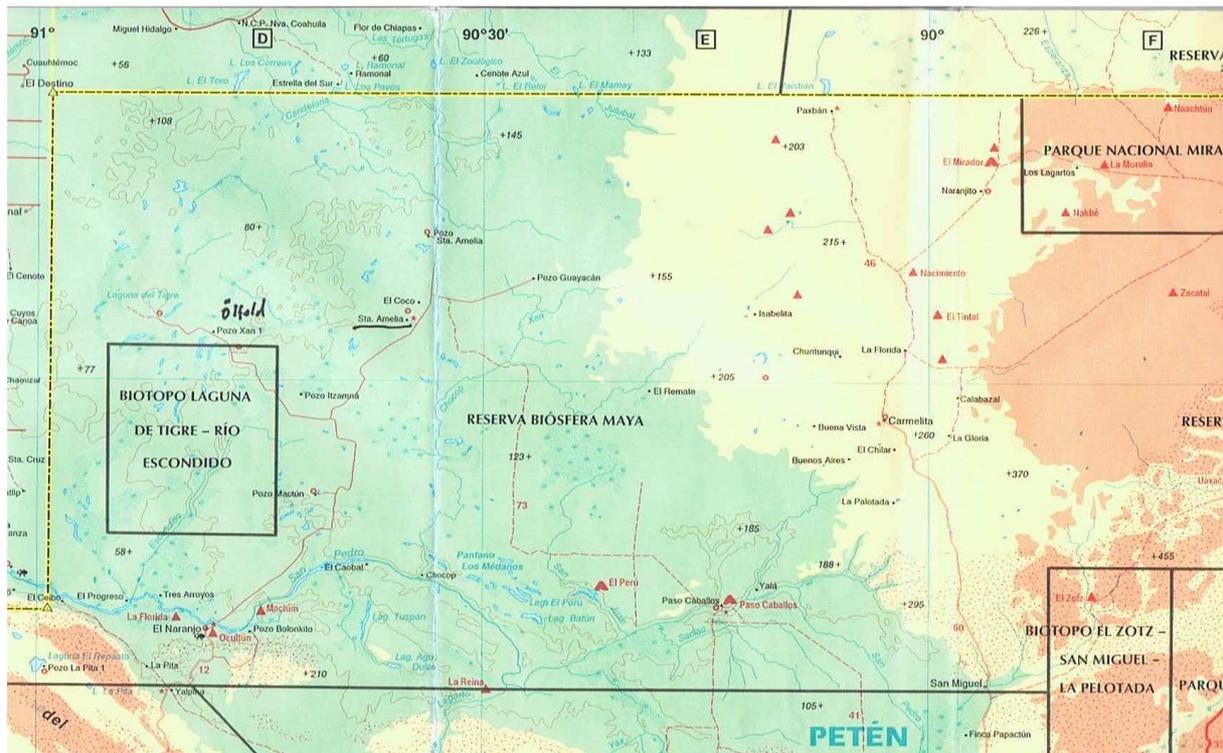
PBI Guatemala hat nun einen Alarm ausgelöst und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die weitere Entwicklung der Ereignisse in den in der *Laguna del Tigre* gelegenen Gemeinden der Munizipien La Libertad und San Andres intensiv zu verfolgen. Den MenschenrechtsverteidigerInnen und sozialen Organisationen soll im Rahmen der Bestimmungen der EU-Kommission zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen Hilfe und Schutz angeboten werden.

Leider haben sich bereits einen Tag nach der Veröffentlichung des Alarms von PBI die Befürchtungen bestätigt. Die *Nationale Koordination der Indigenen und BäuerInnen* (CONIC) musste die Öffentlichkeit über den Mord an ihrem lokalen Koordinator in Sucely, Laguna del Tigre, Department Petén, Ricardo Estrada informieren. Er war in der Gemeinde Santa Amelia am 12. September 2010 von Unbekannten erschossen worden und verstarb noch am Tatort.

CONIC verurteilt die Tat scharf, denn der Ermordete habe lediglich sein Recht wahrgenommen, in Würde zu leben und die Natur zu schützen. Angesichts der anhaltenden Drohung von Vertreibungen verbleiben die Gemeinden in permanenten Versammlungen. CONIC beschuldigt die Grossgrundbesitzer der Region, die Dörfer gezwungen zu haben, Verfassungsklage einzureichen und von ihnen 150.000 Quetzales (rund 13.000 Euro) verlangt zu haben, um die Anwälte zu bezahlen. Auch der lokale Abgeordnete Manuel Barquín von der Grossen Nationalen Allianz (GAN) soll führende Gemeindemitglieder manipuliert und ihnen Rechtsbeistand angeboten haben – mit dem Ziel, ihre Stimmen für die nächste Wahl zu kaufen.

Die Ermordung von Estrada ist die erste derartige Tat in dem Naturreservat *Laguna del Tigre*, seit Álvaro Colom die Konzession von PERENCO verlängert und die Vertreibung von 37 Gemeinden verkündet hat. Allerdings hatte es bereits im Januar 2009 bei ersten Vertreibungen Tote und Verletzte gegeben – Ausführende damals waren Militärs und Polizei.

Am 12. September reichten auch sechs prominente Einzelpersonen, darunter der Kardinal Rodolfo Quezada Toruño und der Anwalt Alfonso Bauer Paíz, Beschwerde gegen die Vertragsverlängerung beim Verfassungsgericht ein. Es wäre überraschend, wenn das Verfassungsgericht hier anders entscheiden würde als bei vorherigen Beschwerden, die allesamt abgewiesen wurden.



Wie registriert man seine BürgerInnen – und wer darf das kontrollieren?

Guatemala Stadt 25. Sept. Wer in Guatemala wählen will, muss sich registrieren lassen. Die Institution, die diese Registrierungen vornehmen soll, ist das Nationale Personenregister (RENAP), das durch die Annahme des Dekrets 90-2005 vom Kongress gegründet wurde. Laut ihrer Homepage <http://www.renap.gob.gt/> ist sie dazu da, die jährliche Registrierung der 'natürlichen' Personen zu organisieren und aufrecht zu erhalten, alle die Personen betreffenden Daten von der Geburt bis zum Tod einzutragen und den Personalausweis (DPI) auszustellen. Daneben stellt sie die Daten den Finanzbehörden, Migrationsbehörde, der Zivilpolizei, dem Guatemaltekischen Institut für Soziale Sicherheit (IGSS), dem Eigentums- und dem Handelsregister zur Verfügung. Sie muss alle lokalen, kommunalen und departmentalen Register aufnehmen (und ggf. überprüfen), digitalisieren und indizieren, damit es eine Basis für ein nationales Register gibt. Das RENAP ist also eigentlich eine Behörde, die in einer Demokratie etwas Selbstverständliches macht. Andererseits ist sie eine Behörde, die Begehrlichkeiten weckt bei Leuten, die diese Daten für ihre politischen Ziele nutzen wollen. Zumindest schwebt diese Gefahr immer im Hintergrund und hat sich in der bisherigen Geschichte des RENAP auch bereits gezeigt.

Was die Diskussion anheizt und die Befürchtungen zunehmen lässt, sind folgende Punkte:

Im September 2011 finden in Guatemala Wahlen statt. Es sollen die ersten sein, in der nicht mehr der Ausweis der Einwohnerschaft (Cédula de Vecindad) als Identitätsnachweis gelten soll, sondern eben die oben genannte, noch nicht existierende DPI. Bereits jetzt wird befürchtet, dass die Umstellung nicht wie geplant bis Ende 2010 erfolgt ist und dass dieser Übergangszustand Hand bieten könnte für massiven Wahlbetrug.

Die DPI soll biometrische Daten enthalten und natürlich sollten die Einträge korrekt sein. Die Daten sind aber vielfach inkorrekt. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass immerhin 1,7 Millionen, vor allem arme GuatemaltekinInnen, keine Ausweise, keine Geburtsurkunden oder sonst irgendetwas haben.

Im Mai 2010 trat der damalige Direktor des RENAP, Enrique Cossich, zurück. Die offizielle Version war, dass dieser Schritt aus persönlichen Gründen erfolgen, informell kursierten Gerüchte, dass er dazu gedrängt wurde, dass er immer wieder mit dem Vertreter des Kongresses innerhalb des Leitungsgremiums, Mauricio Radford, zusammenprallte und – was aber unbestätigt ist - dass unter seiner Leitung ein gravierender technischer Fehler bei der Numerierung von 50'000 Personalausweisen unterlaufen sei. Gleichzeitig warf ihm die Vertreterin des obersten Wahlgerichts (TSE) in der RENAP-Leitung, Patricia Cervantes, indirekt Vetternwirtschaft und Korruption vor.

Der Druck auf das RENAP, die DPI herzustellen, war von Anfang an gross. Bei der Ausschreibung für die Herstellung der neuen Personalausweise gewann im Jahr 2006 die Firma Easy Marketing das Rennen. Gemäss der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) erhielt sie von der Regierung für diesen Auftrag rund 115 Mio. US\$. „Prominenter“ Aktionär von Easy Marketing ist Gregorio Valdés O'Connell, eine der von Rodrigo Rosenberg in seinem Video beschuldigten Personen. Unterdessen wissen wir, dass dem so,

wie es Rosenberg beschrieb, nicht war, doch dass Valdés O'Connell in dubiose Geschäfte verwickelt ist, bleibt unbestritten (siehe ¡Fijáte! 437). In diesem Zusammenhang trat dann auch die CICIG auf den Plan und begann Untersuchungen gegen 14 FunktionärInnen und ehemalige MitarbeiterInnen des RENAP, unter anderem gegen Enrique Cossich, Patricia Cervantes und Mauricio Radford, der kurz zuvor ebenfalls aus der Direktion des RENAP abgesetzt wurde, sowie gegen den ehemaligen Innenminister Francisco Jiménez.

Während dieser Rausschmisse und Rücktritte quasi der gesamten Führung des RENAP (am 25. August 2010 trat auch Patricia Cervantes „aus rein persönlichen Gründen“ zurück), diskutierte der Kongress über ein neues Gesetz zum RENAP. Die wichtigste Entscheidung war, die Wirksamkeit der Cédula de Vecindad bis 2012 oder 2014 zu verlängern, dem Leitungsrat steuerrechtliche Befugnisse zu geben und dem Direktor des RENAP eine Frist von fünf Tagen zu setzen, in denen er relevante Informationen an das TSE weitergibt. Zudem soll der öffentliche Zugang zu Informationen erleichtert werden. Bei der Wahl wird es also mehrere Möglichkeiten geben, seine Identität auszuweisen. Und damit kann das RENAP – so kommentierte Prensa Libre – in Ruhe seine Personendaten in Ordnung zu bringen.

Ob dem aber so ist, bleibt fraglich. Höhepunkt der Diskussionen der letzten Wochen war die Frage, ob – angesichts dieses ganzen Hin und Hers – der Präsident der Republik mit einem Untersuchungsausschuss in die Verwaltung des RENAP eingreifen dürfe oder nicht. Am 1. September hatte das Präsidialamt das Verfassungsgericht um eine diesbezügliche Rechtsauskunft gebeten. Dieses hat dann am 20. September mit einem „Ja, aber“ geantwortet. Ja, wenn nur so die Aufgabe des RENAP als zwar autonomes, aber rechtlich gebundenes Organ garantiert werden könne. „Aber“ nur dann, wenn die Entscheidung zu einem Eingreifen in die Arbeit der Behörde verfassungskonform sei. Zudem müssten die Eingriffe zeitlich begrenzt und angemessen sein.

Präsident Colom ist nun dran, diesen Ausschuss zusammenzusetzen. Namen will er noch nicht nennen, aber man weiss, dass er u.a. mit VertreterInnen des CACIF am verhandeln ist. Die Meinungen über den Entscheid, seitens der Regierung in die RENAP zu intervenieren, wird von Teilen des Kongresses kritisiert. Es könne nicht angehen, dass sich der Präsident in die Geschäfte einer autonomen Institution einmische. Wobei die Kritik nicht so sehr Colom betrifft, sondern die Möglichkeit, dass dies auch zukünftige Präsidenten tun könnten.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-